



Claudia Ritzi, Prof. Dr. Gary S. Schaal

## Wie Bürgerbeteiligung besser gelingt

### Empirische Studien zum Potenzial deliberativer Formen der Bürgerbeteiligung



Auf der kommunalen Ebene ist in den letzten Jahren deutlich geworden, dass erfolgreiches politisches Handeln zunehmend davon abhängt, ob und wie die Bürger am politischen Entscheidungsprozess beteiligt werden. Die deliberative Demokratietheorie schlägt hierfür ein Verfahren vor, das die Akzeptanz politischer Reformen steigern kann, ohne partikularistische Interessen einzelner aktiver Bürgergruppen zu bedienen. Doch obwohl empirische Studien vielversprechende Ergebnisse präsentieren, wird das „deliberative polling“ in der politischen Praxis in Deutschland bislang nur selten eingesetzt.



Wahlen sind und bleiben die zentrale Quelle politischer Legitimation, auch auf der kommunalen Ebene. Dennoch scheint vor allem in den Städten und Gemeinden diese Form der Legitimation allein heute nicht mehr in allen Fällen auszureichen, um bedeutsame politische Entscheidungen durchsetzen zu können. Die Proteste rund um das Bauprojekt Stuttgart 21 haben dies öffentlichkeitswirksam belegt, sie sind aber bei weitem nicht das einzige Beispiel für die Krise, in der sich die zeitgenössische Politik befindet. Immer häufiger scheint sie angesichts des geringen Vertrauens der Bürger in ihre Repräsentanten einerseits und ihren hohen Ansprüchen auf der anderen Seite zum Scheitern verurteilt, wenn sie wichtige Neuerungen anstoßen möchte. Demokratietheoretiker erforschen seit einigen Jahren Auswege aus dieser Situation. Sie konnten zeigen, dass neue Formen der Integration der Bürger in den Entscheidungsfindungsprozess dazu beitragen können, die Akzeptanz politischer Outputs zu erhöhen. Vor allem sogenannte „deliberative Verfahren“ haben sich dabei als vielversprechend erwiesen. In solchen Verfahren wird versucht, anknüpfend an die Demokratietheorie von Jürgen Habermas, politische Entscheidungen (bzw. Entscheidungsvorschläge) mit Hilfe von Gruppendiskussionen zu generieren. „Deliberation“ bezeichnet dabei eine anspruchsvolle Form der Kommunikation, in der nur der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ zählt.

Um solche Kommunikation zu ermöglichen, müssen alle Mitglieder einer deliberativen Gruppe einander in der Diskussion formal gleichgestellt sein, sie müssen also alle dieselben Rede- und Stimmrechte haben. Zweitens müssen die Gruppenmitglieder einander unabhängig von ihrer Herkunft und von

ihrem sozioökonomischen Status als gleichberechtigte Deliberationsteilnehmer anerkennen und als Gesprächspartner ernst nehmen. Drittens besitzen in der Deliberation nur solche Argumente Geltung, die von allen Teilnehmern als rational und gemeinwohlorientiert erachtet werden können. Deliberative Gruppen sind damit *keine* Verhandlungsgremien, in denen die Mitglieder versuchen, ihre Eigeninteressen möglichst weitgehend durchzusetzen. Das theoretische Ziel der Deliberation ist vielmehr der auf überzeugenden Argumenten basierende Konsens und nicht der *Kompromiss*.

### Die Versprechen der deliberativen Demokratietheorie

Durch die Beteiligung „einfacher“ Bürger anstelle von Politikern an der Deliberation und durch die Einhaltung der genannten Gesprächsstandards sollen, gemäß den theoretischen Erwartungen, sowohl die Qualität (Ziel 1) als auch die Legitimität (Ziel 2) politischer Entscheidungen verbessert werden (vgl. Manin 1987; Cohen 1989). Einige Politikwissenschaftler argumentieren, dass auch der öffentliche Dialog von Deliberation profitieren (Ziel 3) und das „Bürgerethos“ durch sie gestärkt werden kann (Ziel 4) (vgl. Fishkin 2009: 139ff.; Mansbridge 1999). Deliberation soll also die Bereitschaft der Bürger erhöhen, ihre eigenen Interessen zurückzustellen, wenn dies dem Gemeinwohl bzw. dem politischen Gemeinwesen dient. Falls deliberative Methoden diese Versprechen einhalten können, würden sie also gleich vier wichtige Ziele politischer Partizipation erfüllen und wäre damit vielen anderen Formen von Bürgerbeteiligung überlegen. Sie könnte außerdem dazu dienen, dass (Kommunal-)Politik in Zeiten finanzieller Engpässe,



zunehmender gesellschaftlicher Ausdifferenzierung und Individualisierung und trotz des sinkenden Vertrauens der Bürger in ihre gewählten Repräsentanten handlungsfähig und innovativ bleiben kann. Im Folgenden wird mit dem *deliberative polling* ein Verfahren dargestellt, das diese Ziele in der politischen Praxis realisieren will. Zudem wird erörtert, inwiefern Ergebnisse aus der empirischen Deliberationsforschung diese Hoffnungen bestätigen.

## Deliberative Polls

In den meisten Studien werden deliberative Prozesse institutionalisiert in Form sogenannter *deliberative polls* (deliberative Meinungsumfragen) durchgeführt. Darunter versteht man ein Verfahren, das der Amerikaner James Fishkin (2009) entwickelt hat und das als der „Goldstandard“ unter den deliberativen Verfahren gilt (Mansbridge 2010). Keine andere Konzeption deliberativer Bürgerbeteiligung ist so erfolgreich und so gut empirisch erforscht wie Fishkins Modell, das in zahlreichen Fällen und in verschiedenen Ländern Anwendung fand.<sup>1</sup>

In *deliberative polls* diskutieren zufällig ausgewählte Menschen miteinander, so dass die Gruppe als ein repräsentatives Abbild der von einer Entscheidung betroffenen Bevölkerung gelten kann. Sie setzen sich mehrere Stunden oder ein ganzes Wochenende lang zusammen und besprechen unter der Anleitung eines oder mehrerer Moderatoren ein politisches Problem, beispielsweise die Frage, ob ein regionaler Wirtschaftsverbund gegründet und durch öffentliche Gelder finanziert werden sollte. Zuvor haben die Teilnehmer der Deliberation möglichst neutrale und umfassende Informationsmaterialien zum diskutierten Thema erhalten mit der Bitte, sich gut auf das Treffen vorzubereiten. Vor dem Treffen werden sie zu ihren Meinungen und Entscheidungspräferenzen bezüglich des zu diskutierenden Themas befragt. Nach der Gruppendiskussion werden ihre Einstellungen ein weiteres Mal erhoben, so dass untersucht werden kann, welche Veränderungen durch die Deliberation angestoßen wurden.

### Ziel 1: Verbesserung der Entscheidungsqualität

Fishkin und andere konnten nachweisen, dass Deliberation entsprechend den theoretischen Erwartungen die Qualität der Argumente, die die Teilnehmer zur Begründung ihrer Haltung vorbringen, tatsächlich verbessern kann (vgl. Fishkin/Luskin 2005; Barbabas 2004). Viele Teilnehmer stimmen nach der Deliberation besser begründet für oder gegen einen Entscheidungsvorschlag. Zudem zeigen Studien, dass die Teilnehmer im Verlauf der Deliberation häufig dazu bereit sind, ihre anfangs vertretenen Meinungen zu ändern und diese stärker am Gemeinwohl auszurichten, als es zuvor der Fall war (vgl. Gartner et al. 1999; Fishkin/Luskin 2005: 40). Auch wurde be-

legt, dass *deliberative polls* helfen, Einstellungen zu strukturieren, d.h., die Präferenzlisten der Teilnehmer sind im Anschluss an die Deliberation weniger widersprüchlich als zuvor (List et al. 2000). All dies spricht dafür, dass die Qualität politischer Entscheidungen – gegenüber „einfachen“ Meinungsumfragen und im Vergleich mit direktdemokratischen Beteiligungsformen – von der Nutzung deliberativer Verfahren profitiert.

Jedoch konnte Sunstein (2003) nachweisen, dass die Teilnehmer nach einer Deliberation häufig extremere Positionen vertreten als zuvor (er nennt dies das *law of group polarization*). Das ist vor allem dann der Fall, wenn in einer Gruppe diskutiert wird, deren Mitglieder ähnliche Einstellungen und Meinungen hinsichtlich der Entscheidungsthematik aufweisen (was in *deliberative polls* durch die Zufallsauswahl der Teilnehmer verhindert werden soll) oder wenn, wie Karpowitz und Mendelberg (2007) untersucht haben, die statushöheren Gruppenmitglieder die Diskussion dominieren. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass in den USA gut gebildete, weiße Männer in der Regel mehr Einfluss auf das Ergebnis einer Deliberation haben als andere Gruppenmitglieder. Um eine tatsächliche Verbesserung politischer Entscheidungen durch Deliberation zu erzielen, ist es also nicht nur wichtig, auf eine heterogene Zusammensetzung der Gruppe zu achten, sondern auch darauf, dass die Gespräche kenntnisreich moderiert werden, um die unerwünschten Gesprächstendenzen in Grenzen zu halten.

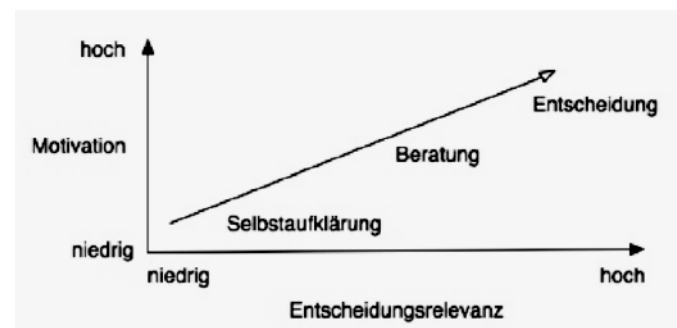


Abb. 1: Der Zusammenhang zwischen der Entscheidungsrelevanz einer Deliberation und der Teilnehmermotivation

Anspruchsvoll zu deliberieren setzt bei den Teilnehmern Motivation voraus, die von der Zielsetzung und der Aufgabe der Gruppe abhängt. Empirische Studien haben gezeigt, dass die Motivation der Teilnehmer und die Qualität des deliberativen Prozesses insgesamt mit deren Einfluss auf politische Entscheidungen steigen (vgl. Fishkin 2009: 109 und Abb. 1). Entsprechend ist es wesentlich, dass die von deliberativen Gremien ausgesprochenen Entscheidungsempfehlungen im politischen Prozess Verbindlichkeit besitzen. Idealerweise bedeutet dies, dass sie – sofern sie im Rahmen der finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten liegen – von der Politik umgesetzt werden *müssen*. Sofern dies jedoch nicht möglich oder nicht gewollt ist, kann auch auf andere Formen der Entscheidungsrelevanz (wie beispielsweise die Selbstverpflichtung eines Gemeinde-

<sup>1</sup> Aus Platzgründen können wir an dieser Stelle leider nur am Rande auf andere Formen deliberativer Entscheidungsverfahren – bspw. Jury-Deliberation in amerikanischen Gerichten – eingehen. Für einen umfassenderen Überblick über die empirische Deliberationsforschung siehe Schaal/Ritzi (2009).



rats, den Entscheidungsvorschlag des Gremiums öffentlich zu diskutieren) zurückgegriffen werden.

## Ziel 2:

### Erhöhung der Legitimität politischer Entscheidungen

Die Verbindlichkeit einer Deliberation für die spätere politische Entscheidung erhöht nicht nur deren Qualität, sondern ist auch relevant für die Legitimität und die Akzeptanz einer Entscheidung. Bislang haben sich die Vertreter etablierter politischer Institutionen nur selten dazu bereit erklärt, ihre Entscheidungskompetenz an ein deliberatives Gremium abzutreten; dieser Schritt scheint jedoch unerlässlich, wenn die Legitimität und Akzeptanz vor allem umstrittener Entscheidungen durch Deliberation gestärkt werden soll.<sup>2</sup> Aus legitimatorischer Perspektive weist das *deliberative polling* dabei zwar das Manko auf, dass nicht mehr *alle* Bürger die *faktische* Möglichkeit besitzen, direkt (u.a. durch Referenden) oder indirekt (durch die Wahl von Repräsentanten) wichtige politische Entscheidungen zu beeinflussen. Dieses Manko kann jedoch durch die zufällige Auswahl der Teilnehmer und die sich daraus ergebende Repräsentativität des deliberativen Gremiums nach Ansicht vieler Demokratietheoretiker ausgeglichen werden (vgl. Fishkin 2009, Mansbridge 2010). Für sie überwiegen die Vorteile der gesteigerten Diskursqualität den Nachteil der geringeren Zahl entscheidungsbeteiligter Bürger.

Aus theoretischer Perspektive erscheinen deliberative Entscheidungsformen also als vielversprechendes Mittel, um Politikverdrossenheit, Bürgerprotesten und Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungen vorzubeugen. Ob oder inwiefern die Bürger deliberativen Verfahren diese Qualität heute schon zusprechen, konnte empirisch jedoch noch nicht eindeutig belegt werden. Einige Studien zeigen, dass die meisten Mitglieder deliberativer Gremien die Legitimität des Entscheidungsprozesses anschließend als hoch einschätzen und durch ihre Teilnahme eine positive Perspektive auf Politik an und für sich gewinnen (vgl. Keane 2010: 50ff.) – andere Studien stellen diese Erkenntnis in Frage. So fanden Mendelberg und Oleske (2000) bei der Analyse einer Deliberation zum Thema Antidiskriminierung in Schulen heraus, dass vor allem diejenigen Teilnehmer, die sie als „unterprivilegiert“ bezeichnen, im Anschluss an die Deliberation frustriert waren und das Gefühl hatten, (wieder einmal) das Opfer impliziter sprachlicher Diskriminierung geworden zu sein. Für sie weist die deliberative Methode scheinbar nur wenig Legitimität auf.

Die wichtige Frage, inwieweit deliberative Verfahren die Legitimität und Akzeptanz von deliberativ gefundenen Entscheidungen bei Außenstehenden positiv beeinflussen, ist bislang kaum Gegenstand der Forschung geworden. Amy Gangl

(2000) konnte jedoch zeigen, dass Bürger die Ausgewogenheit der vertretenen Meinungen wertschätzen, und Positionen, die nicht von parteipolitischem Kalkül und egoistischen Eigeninteressen zeugen, besonders anerkennen. Ihre Studie belegt jedoch zugleich eine Skepsis gegenüber der Entscheidungsfähigkeit „einfacher Leute“.

Es gibt heute also Indizien dafür, dass deliberative Verfahren, wenn sie auf einem qualitativ hohen Niveau durchgeführt werden, positive Legitimationseffekte erzielen. Und mit Blick auf die genannten negativen Forschungsergebnisse weist Mansbridge zu Recht darauf hin, dass die Legitimität eines jeden politischen Entscheidungsverfahrens erst langsam erwächst: „Faced with a potentially new form of representation such as Deliberative Polls, citizens have as yet neither the analytical nor the experiential capacities to make a well-informed judgement“ (Mansbridge 2010: 57). Es wird also noch einige Jahre dauern, bis umfassend beurteilt werden kann, welches legitimatorische Potenzial den *deliberative polls* innewohnt – bislang erscheinen sie jedoch vielversprechend. Auch die hohe Akzeptanz des Schlichtungsverfahrens im Konflikt um „Stuttgart 21“ deutet darauf hin, dass die Bürger die deliberative Methode vor allem in hochkonfliktiven politischen Entscheidungsfindung wertschätzen könnten.<sup>3</sup>

## Ziele 3 und 4:

### Demokratische Öffentlichkeit und Bürgerethos

Für die Frage, ob deliberative Entscheidungsprozesse von den Bürgern als legitim erachtet werden, ist nicht zuletzt deren Transparenz wesentlich. Denn nur wenn die Öffentlichkeit ausreichend über die Arbeit deliberativer Gremien informiert wird, kann sie Vertrauen zu dieser Form politischer Meinungsbildung und Entscheidung fassen. Zentral für das Gelingen von *deliberative polls* ist also die Kooperation mit den Massenmedien, vor allem mit regionalen Zeitungen, Fernsehsendern und Radiostationen. Allerdings hat Jürgen Gerhards (1997) anhand des Diskurses über die Abtreibungsgesetzgebung gezeigt, dass das Rationalitätsniveau massenmedialer Berichterstattung häufig gering ist, in der Regel fällt es sogar hinter der Argumentationsqualität zurück, die die von den Journalisten verwendeten Informationsmaterialien aufwiesen. Verbunden mit dem Einsatz deliberativer Verfahren im demokratischen Entscheidungsprozess ist also das Plädoyer an die Journalisten, bei ihrer Berichterstattung darauf zu achten, dass journalistische Qualitätsstandards eingehalten werden, wobei der Abbildung der Pluralität des Meinungsspektrums besondere Bedeutung zukommt.

Auf der Ebene der Einstellungen der Bürger konnten Studien positive Effekte deliberativer Aktivitäten auf die Entstehung eines demokratischen „Bürgerethos“ nachweisen. So fühlen sich Bürger nach der Teilnahme an deliberativen Prozessen

<sup>2</sup> Eine Ausnahme stellt der griechische Ministerpräsident Papandreou dar, der 2006 die Nominierung des Spitzenkandidaten seiner Partei für die Bürgermeisterwahl der Gemeinde Marousi nahe Athen einem deliberativen Gremium überließ. Sechs Kandidaten wurden dazu von der Partei vorab selektiert, unter denen dann eine zufällig ausgewählte Gruppe bestehend aus 138 Bürgern wählte (vgl. Fishkin et al. 2008).

<sup>3</sup> Zwar folgte das Schlichtungsverfahren in Stuttgart nicht der Methode des *deliberative pollings*, der Diskussionsstil und die Besetzung des Gremiums weisen jedoch Ähnlichkeiten zum deliberativen Ideal auf.



ihren Mitbürgern stärker verbunden als zuvor (McCombs/ Reynolds 1999). Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass Konflikte zwischen Bürgerinteressen und gemeinwohlorientierten politischen Entscheidungen mit Hilfe deliberativer Verfahren zugunsten eines guten politischen Ergebnisses gelöst werden könnten.

Was der Deliberation nicht gelingt, ist jedoch die Stärkung der Partizipationsbereitschaft der Bürger (vgl. Mansbridge 2010: 57). Zwar haben Gastil et al. (2002) gezeigt, dass Mitglieder amerikanischer *juries* (also Laienrichter in Strafprozessen, deren Entscheidungsfindung idealerweise den deliberativen Ansprüchen genügt) sich nach Prozessen mit etwas höherer Wahrscheinlichkeit an Wahlen beteiligen, als sie es zuvor getan haben – allerdings gilt das nur für solche Mitglieder, die nicht vorzeitig ausscheiden mussten und deren Prozess mit einem Urteil endete. Mutz (2006) weist zudem darauf hin, dass Menschen, die häufig mit politisch Andersdenkenden kommunizieren, sich unterdurchschnittlich häufig politisch beteiligen. Ein wichtiger Faktor für die Erklärung dieser Beobachtung ist, dass politische Partizipation und einseitige „Ideologisierung“ positiv zusammenhängen. Deliberation befördert dagegen das Verständnis der Positionen der „anderen Seite“ und führt so zu einer „Entideologisierung“.

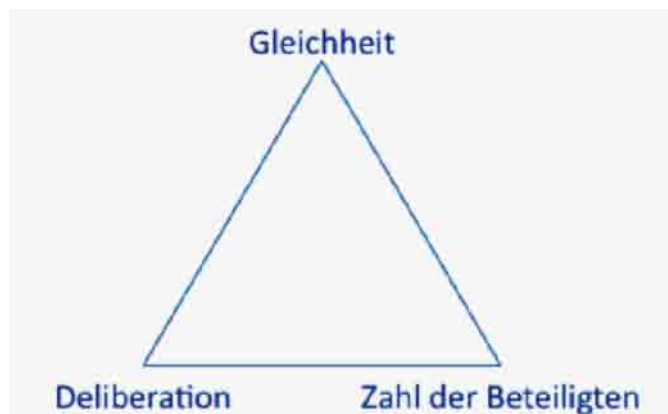


Abb. 2: Das Trilemma der Partizipationsideale nach Fishkin (2009: 46f.). Eigene Darstellung

Fishkin (2009: 32ff.) beschreibt angesichts dieser Ergebnisse ein „Trilemma“ zwischen den Partizipationsidealen der Gleichheit, Deliberation und einer hoher Zahl beteiligter Bürger (siehe Abb. 2) – jede Beteiligungsform könne maximal in zwei dieser drei Dimensionen gute Werte erzielen. Das *deliberative polling* verkleinert zwar die Zahl der aktiv Beteiligten und verhindert auch die Selbstrekrutierung einzelner, politisch interessierter Bürger. Es tut dies jedoch, um die Ziele der Gleichheit (die in modernen Gesellschaften durch integrative Maßnahmen sichergestellt werden muss und nicht mehr nur auf rechtlicher Gleichheit beruhen kann) und der hohen Qualität des Diskurses zu erreichen – und um schließlich auf der Basis dieser beiden Ideale die Legitimität und Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen in den Augen der Bürger zu erhöhen.

## Wann Deliberation hilfreich ist

Schon diese Überlegungen weisen darauf hin, dass *deliberative polling* etablierte Partizipationsformen wie Wahlen und Bürgerversammlungen oder unkonventionelle Partizipationsformen wie politische Proteste nicht ersetzen wird. Sie könnte und sollte nach unserer Auffassung solche Arten der Bürgerbeteiligung jedoch vor allem auf der kommunalen Ebene sinnvoll ergänzen. Denn so erstrebenswert die argumentative Qualität, die Deliberation erwiesenermaßen leisten kann, auch sein mag, so wichtig bleibt die Partizipation *aller* Bürger für die Demokratie – und so sinnvoll bleibt auch ihre Vertretung durch gewählte Repräsentanten, die eine große Zahl politischer Entscheidungen effizient und kompetent treffen können (vgl. auch Mansbridge 2010). Letzteres gilt vor allem für solche Entscheidungen, denen keine grundlegende Relevanz für das politische System zukommt und die nicht von besonderer Tragweite sind.

Bei politischen Entscheidungen, die als wegweisend gelten oder die in der Bevölkerung besonders umstritten sind, kann Deliberation jedoch dazu beitragen, die Legitimität des Ergebnisses mit Hilfe der besonderen Qualität des deliberativen Entscheidungsprozesses zu verbessern und somit Misstrauen und Politikverdrossenheit bei den Bürgern entgegenzuwirken. Dafür erscheint das *deliberative polling* in vielerlei Hinsicht geeigneter als direktdemokratische Abstimmungen. Eine frühzeitige Bestellung eines deliberativen Bürgerremiums könnte auf der kommunalen Ebene dazu beitragen, dass Bürgerentscheide und Bürgerbegehren seltener notwendig werden – und somit zugleich die Effizienz der politischen Entscheidungsfindung steigern und das Frustrationsniveau der Bürger senken. Und sie könnten an die Stelle einiger direktdemokratischer Entscheidungen treten, die bereits heute an vielen Stellen den Interessen einzelner, engagierter Bürger (gruppen) einen stärkeren Einfluss garantieren, die damit aber nicht immer dem Ziel der „guten“ (gemeinwohlorientierten) politischen Entscheidungsfindung dienlich sind und die damit letztendlich auch kein probates Mittel darstellen, um gegen Politikverdrossenheit anzugehen.

Die kommunale und landespolitische Ebene ist für die Einführung deliberativer Verfahren besonders einschlägig, weil die Bürger zu lokalen und regionalen Themen einen engen Bezug haben, weil diese Themen ihnen verständlicher erscheinen und sie folglich leichter dazu zu motivieren sind, sich für diese Themen zu interessieren und zu engagieren (vgl. Jansen 2008: 85ff.). Nicht ohne Grund bezeichnet Vetter lokale Politik also als den „Rettungsanker der Demokratie“ (Vetter 2011: 25). Außerdem ist zu vermuten, dass die massenmediale Struktur in Deutschland einer legitimationsgenerierenden umfassenden Berichterstattung auf der lokalen und regionalen Ebene entgegenkommt.

Wenn es den Kommunen, Ländern und auch den Politikwissenschaftlern in den kommenden Jahren also gelingt, ent-



scheidungsbefugte und deliberativ diskutierende Gremien in wichtige politische Prozesse miteinzubeziehen, sehen wir gute Chancen, dass das Vertrauen der Bürger in die Politik und die Politiker wieder steigt. Das kann natürlich nicht von heute auf morgen gelingen – aber angesichts der steigenden Politikverdrossenheit sollten wir besser heute als morgen damit beginnen.

Prof. Dr. Gary S. Schaal

Professur für Politikwissenschaft, insbesondere politische Theorie, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Dipl. Rer. Com. Claudia Ritzi

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere politische Theorie, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

## Quellen:

Barabas, Jason (2004): How Deliberation affects policy opinions. *American Political Science Review*, 98 (4), 687-701.

Cohen, Joshua (1989): *Deliberative Democracy and Democratic Legitimacy*. In: Hamlin, A./Pettit, P. (Hrsg.): *The Good Policy*. Oxford: Blackwell, 17–34.

Fishkin, James S. (2009): *When the People Speak. Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford: Oxford University Press.

Fishkin, James/Luskin, Robert C. (2005): *Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion*. In: *Acta Politica* 40 (3), 284-299.

Fishkin, James/Luskin, Robert C./Panaretos, John/Siu, Alice/Xekalaki, Evdokia (2008): *Returning Deliberative Democracy to Athens: Deliberative Polling for Candidate Selection*. Paper presented at the meetings of the American Political Science Association, Boston, MA, 28.-31. August. online verfügbar unter <http://cdd.stanford.edu/>

Gaertner, Samuel L./Dovidio, J. F./Rust M. C./Nier J. A./Banker B. S./Ward C. M./Mottola G. R./Houlette M. (1999): *Reducing intergroup bias: elements of intergroup cooperation*. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 76, 388-402.

Gangl, Amy (2000): *It isn't fair: Do perceptions of procedural justice in evaluations of Congress matter more than getting what you want?* Paper presented at the Annual Meeting of the Midwestern Political Science Association in Chicago.

Gastil, John/Dees, Pierre E./Weiser, Phil (2002): *Civic awakening in the jury room: a test of the connection between jury deliberation and political participation*. *The Journal of Politics* 64 (2), 585-595.

Gerhards, Jürgen (1997): *Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49(1), 1-34.

Janssen, Synnove (2008): *Deliberative Democracy in Practice*. In: *Acta Politica* 43, 71-92.

Karpowitz, Christopher F./Mendelberg, Tali (2007): *Groups and Deliberation*. In: *Swiss Political Science Review* 13 (4), 645-662.

Keane, Michael J. (2010): *Political Equality and the Empirical Analysis of Deliberation*. Dissertationsschrift, online verfügbar unter <http://etd.nd.edu/ETD-db/theses/available/etd-04152010-183555/unrestricted/KeaneM042010D.pdf>

List, Christian/McLean, Iain/Fishkin, James/Luskin, Robert C. (2000): *Deliberation, Preference Structuration, and Cycles: Evidence from Deliberative Polls*. Paper presented at the University of Texas School of Law Conference on „Deliberating About Deliberative Democracy“. Online verfügbar unter: [www.nuff.ox.ac.uk/users/list/structuration081001.pdf](http://www.nuff.ox.ac.uk/users/list/structuration081001.pdf)

Manin, Bernard (1987): *On Legitimacy and Political Deliberation*. *Political Theory* 15, 338-368.

Mansbridge, Jane (2010): *Deliberative Polling as the Gold Standard*. In: *The Good Society* 19 (1), 55-62.

Mansbridge, Jane (1999): *On the Idea that Participation Makes Better Citizens*. In: Elkin, Stephen L./ Edward Soltan, Karen (Hrsg.): *Citizen Competence and Democratic Institutions*. Penn: State University Press, 291-325.

Mendelberg, Tali/Oleske, John (2000): *Race and Public Deliberation*. In: *Political Communication* 17, 169-191.

Mutz, Diana C. (2006): *Hearing the other Side: Deliberative vs. Participatory Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

McCombs, Maxwell/Reynolds Amy (Hrsg.) (1999): *A Poll with a Human Face: The National Issues Convention Experiment in Political Communication*. Mahwah: Lawrence Erlbaum.

Naßmacher, Hiltrud (1997): *Keine Erneuerung der Demokratie „von unten“: Zur Bedeutung direktdemokratischer Beteiligungsverfahren*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 28 (3), 445–460.

Schaal, Gary S./Ritzi, Claudia (2009): *Empirische Deliberationsforschung*. MPiFG Working Paper. Online verfügbar unter: <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-9.pdf>

Sunstein, Cass (2003): *The Law of Group Polarization*. In: Fishkin, James S./ Laslett, Peter (Hrsg.): *Debating Deliberative Democracy*. Oxford: Blackwell, 80-101.

Vetter, Angelika (2011): *Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7-8, 25-32.



## Walter Englert wurde 90

Walter Englert, Ehrenvorsitzender des vhw, wurde am 25. Februar 2011 90 Jahre alt. Englert gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten und Wegbereitern der deutschen und internationalen Bausparbranche und war von 1968 bis 1986 Sprecher der Geschäftsführung der Bausparkasse GdF Wüstenrot. Der Weltverband der Bausparkassen wählte ihn als ersten Deutschen von 1974 bis 1977 zum Präsidenten.

Bereits seit 1967 war Englert Mitglied des Gesamtvorstandes des vhw und in dieser Zeit u.a. Schatzmeister. Von 1986 bis 1994 wirkte er als Vorsitzender des Vorstands im Verband und ist heute Ehrenvorsitzender des vhw.

Herausgeber und Redaktion wünschen nachträglich alles Gute zum Geburtstag – ad multos annos!